

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 5. Juli 2018, mit dem ein Beschluss vom 14. Juni 2018 betreffend „Reform der Befähigung bzw. Ausbildung zum Notarzt“ vorgelegt wird.
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 20. Juli 2018, mit dem drei Beschlüsse - "Steuerbegünstigung für Internetzugang", "Verankerung des Prinzips Schulsprache Deutsch" und "Technische Nachrüstung (Hardware-Nachrüstung) bei Diesel-PKW-Abgasanlagen auf Kosten der Fahrzeughersteller" vom 16. Juli 2018 vorgelegt werden.
3. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom 4. Juli 2018, mit dem eine EntschlieÙung vom 29. Mai 2018 betreffend „Schutz der burgenländischen Pendler vor neuen Belastungen“ vorgelegt wird.
4. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom 23. Juli 2018, mit dem eine EntschlieÙung vom 5. Juli 2018 betreffend "Reduktion von Plastikverpackungen und Plastikmüll" vorgelegt wird.
5. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom 23. Juli 2018, mit dem eine EntschlieÙung vom 5. Juli 2018 betreffend "Gesamtkonzept zur Unterstützung, Betreuung und Pflege" vorgelegt wird.
6. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 4. Juli 2018, mit dem eine EntschlieÙung betreffend „Zwangsehe: Studie erstellen und Hilfsangebote evaluieren“ vorgelegt wird.
7. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 3. Juli 2018, mit dem eine EntschlieÙung vom 7. März 2018 betreffend „MaÙnahmen zur Hilfestellung nach sexistischen Übergriffen“ vorgelegt wird.
8. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 5. Juli 2018, mit dem eine EntschlieÙung vom 5. Juni 2018 betreffend „Schaffung einer Lehre im Bereich Kinderpädagogik“ vorgelegt wird.
9. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 11. Juli 2018, mit dem eine EntschlieÙung vom 5. Juni 2018 betreffend "Gut integrierten Asylwerbern in Ausbildung ein befristetes Bleiberecht ermöglichen" vorgelegt wird.
10. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 11. Juli 2018, mit dem eine EntschlieÙung vom 5. Juni 2018 betreffend "Altersarmut lindern" vorgelegt wird.

11. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 29. Juni 2018, mit dem ein Beschluss vom 14. Juni 2018 betreffend „Zukunft der europäischen Agrarpolitik“ vorgelegt wird.
12. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 29. Juni 2018, mit dem ein Beschluss vom 14. Juni 2018 betreffend „Gespräche zur Begründung des Sitzes der Österreichischen Gesundheitskasse in Niederösterreich“ vorgelegt wird.
13. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 26. Juni 2018, mit dem ein Beschluss vom 13. Juni 2018 betreffend „freiwilliger Besuch einer Polytechnischen Schule im 10. Schuljahr“ vorgelegt wird.
14. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 26. Juni 2018, mit dem ein Beschluss vom 13. Juni 2018 betreffend „Modernisierung der Lehrpläne“ vorgelegt wird.
15. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 5. Juli 2018, mit dem ein Beschluss vom 13. Juni 2018 betreffend „finanzielle Entlastung der Freiwilligen Feuerwehren“ vorgelegt wird.
16. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 9. Juli 2018, mit dem ein Beschluss vom 14. Juni 2018 betreffend "Erstellung einer Statistik über Kinderehen in Österreich" vorgelegt wird.
17. Schreiben des Amtes der Salzburger Landesregierung vom 6. Juli 2018, mit dem ein Beschluss vom 27. Juni 2018 betreffend „Bundesgesetz, mit dem das Arbeitszeitgesetz, das Arbeitsruhegesetz und das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert werden“ vorgelegt wird.
18. Schreiben des Landeshauptmannes von Kärnten vom 19. Juli 2018, mit dem ein Beschluss vom 6. Juli 2018 betreffend "Kooperation des Klinikums Klagenfurt mit dem von der AUVA betriebenen Unfallkrankenhaus Klagenfurt" vorgelegt wird.
19. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 3. Juli 2018, mit dem zwei Beschlüsse vom 15. September 2017 betreffend „Frauenförderungsmaßnahmen in privaten Unternehmen (Karrierepfade und Vereinbarkeit von Beruf und Familie)“ und „Vereinbarkeit von Beruf und Familie; Vereinbarkeit ist auch Männersache“ vorgelegt werden.
20. Schreiben des Ersten Präsidenten des Wiener Landtages vom 29. Juni 2018, mit dem eine Resolution vom 28. Juni 2018 betreffend geplante Einführung des Prinzips „Beraten statt Strafen“ im Verwaltungsstrafrecht vorgelegt wird.
21. Schreiben des Ersten Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates vom 28. Juni 2018, mit dem eine Resolution vom 27. Juni 2018 betreffend „keine Zusammenarbeit mit der antisemitischen BDS-Bewegung („boycott, divestment and sanctions“) vorgelegt wird.

22. Schreiben des Ersten Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates vom 28. Juni 2018, mit dem eine Resolution vom 27. Juni 2018 betreffend „besseren Schutz von Betroffenen von sexistischen Onlineübergriffen (Cyberbelästigung)“ vorgelegt wird.
23. Schreiben der Vorsitzenden der Österreichischen LandtagspräsidentInnen-Konferenz vom 27. Juni 2018, mit dem die Erklärung von Bad Aussee vom 25. Juni 2018 betreffend „EU-Ratsvorsitzführung“ vorgelegt wird.
24. Schreiben des Österreichischen Städtebundes vom Juli d.J., mit dem eine Resolution vom 7. Juni 2018 betreffend "Für ein neues Miteinander" vorgelegt wird.
25. Schreiben der Landwirtschaftskammer Oberösterreich vom 27. Juni 2018, mit dem eine Resolution vom 27. Juni 2018 betreffend „wirksame Agrarpolitik erfordert stabile EU-Finanzierung“ vorgelegt wird.
26. Schreiben der Landwirtschaftskammer Niederösterreich vom 2. Juli 2018, mit dem eine Resolution vom 2. Juli 2018 zu aktuellen Anliegen und Problemen der Land- und Forstwirtschaft vorgelegt wird.
27. Schreiben der Landwirtschaftskammer Wien vom 2. Juli 2018, mit dem eine Resolution vom 28. Juni 2018 betreffend "aktuelle Anliegen des Garten-, Wein-, Obst- und Ackerbaus" vorgelegt wird.
28. Schreiben der Landwirtschaftskammer Kärnten vom 13. Juli 2018, mit dem eine Resolution vom 6. Juli 2018 betreffend "EU-Freihandelsabkommen" vorgelegt wird.
29. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark vom 30. Juli 2018, mit dem ein Antrag vom 5. Juli 2018 betreffend "Keine Anhebung der EU-Beiträge" vorgelegt wird.
30. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark vom 30. Juli 2018, mit dem 29 Resolutionen und Anträge vom 5. Juli 2018 vorgelegt werden.
31. Schreiben der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse vom Juli d.J., mit dem eine Resolution vom 25. Juni 2018 betreffend „Reform der Sozialversicherung muss den Bedürfnissen der Versicherten entsprechen! Weiterer Ausschluss der Seniorinnen und Senioren von der Mitbestimmung kann nicht akzeptiert werden!“ vorgelegt wird.
32. Schreiben des Pendlerforums Burgenland vom 26. Juni 2018, mit dem eine Resolution vom 26. Juni 2018 betreffend „60-Stunden-Woche ist Anschlag auf Geldbörsen, Lebensqualität und Gesundheit der burgenländischen PendlerInnen“ vorgelegt wird.
33. Schreiben des Bürgermeisters von Trofaiach vom 29. Juni 2018, mit dem eine Resolution vom 28. Juni 2018 betreffend „für ein ehrenamtliches Engagement in der Gemeinde – gegen die 60h Woche!“ vorgelegt wird.

34. Schreiben von 12 Gemeinden/Stellen (Erster Vorsitzender des Wiener Gemeinderates, Schalchen, Rüstorf, Wolfurt, Leoben, Bad Goisern, Pregarten, Gratwein-Straßengel, Haslach a.d.M., Hofkirchen, Altheim, Grünbach), mit denen Resolutionen betreffend "Lehre für Asylwerbende in Mangelberufen" vorgelegt werden.
35. E 23-NR/XXVI.GP vom 4. Juli 2018 und E 254-BR/2018 vom 11. Juli 2018 betreffend "Kein Nachteil für Auslandsbedienstete, Entwicklungshelfer und Wirtschaftsdelegierte in Bezug auf Familienbeihilfe und Familienbonus Plus" (Wortlaut siehe Beilage).
36. E 25-NR/XXVI.GP vom 5. Juli 2018 betreffend "Heimopferrentengesetz" (Wortlaut siehe Beilage).
37. E 26-NR/XXVI.GP vom 5. Juli 2018 betreffend "Aufnahme schulärztlicher Daten in ELGA" (Wortlaut siehe Beilage).
38. E 27-NR/XXVI.GP vom 5. Juli 2018 betreffend "Liberalisierung von Cannabis zu medizinischen Zwecken" (Wortlaut siehe Beilage).

Entschließung

des Nationalrates vom 4. Juli 2018

betreffend Kein Nachteil für Auslandsbedienstete, Entwicklungshelfer und Wirtschaftsdelegierte in Bezug auf Familienbeihilfe und Familienbonus Plus

Die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung werden ersucht, eine Lösung zu entwickeln, welche sicherstellt, dass der Personengruppe der Auslandsbediensteten, Entwicklungshelfer und Wirtschaftsdelegierten, die sich mit Kindern im Ausland aufhalten, in Bezug auf Familienbeihilfe und Familienbonus Plus ein sachgerechter Anspruch erwächst. Dieser Vorschlag soll zeitgerecht für die Beratungen des Ausschusses für Familie und Jugend über die Regierungsvorlage „Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967, das Einkommensteuergesetz 1988 und das Entwicklungshelfergesetz geändert werden (111 d.B.)“ vorliegen.

Entschließung

**des Bundesrates vom 11. Juli 2018 betreffend Kein Nachteil für
Auslandsbedienstete, Entwicklungshelfer und Wirtschaftsdelegierte in
Bezug auf Familienbeihilfe und Familienbonus Plus**

angenommen anlässlich der Debatte über den Beschluss des Nationalrates vom 4. Juli 2018 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1988, das Körperschaftsteuergesetz 1988, das Umgründungssteuergesetz, das Umsatzsteuergesetz 1994, das Gebührengesetz 1957, das Grunderwerbsteuergesetz 1987, das Versicherungssteuergesetz 1953, das Kraftfahrzeugsteuergesetz 1992, die Bundesabgabenordnung, das Finanzstrafgesetz, das Kontenregister- und Konteneinschaugesetz, das Kapitalabfluss-Meldegesetz, das Gemeinsamer Meldestandard-Gesetz, das Zollrechts-Durchführungsgesetz, das Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz, das Sozialministeriumservicegesetz, das Bundesstraßen-Mautgesetz 2002, das EU-Amtshilfegesetz, das Bundesfinanzgerichtsgesetz und das Wirtschaftliche Eigentümer Registergesetz geändert werden (Jahressteuergesetz 2018 – JStG 2018) (190 d.B.)

„Die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung werden ersucht, eine Lösung zu entwickeln, welche sicherstellt, dass der Personengruppe der Auslandsbediensteten, Entwicklungshelfer und Wirtschaftsdelegierten, die sich mit Kindern im Ausland aufhalten, in Bezug auf Familienbeihilfe und Familienbonus Plus ein sachgerechter Anspruch erwächst. Dieser Vorschlag soll zeitgerecht für die Beratungen des Ausschusses für Familie und Jugend über die Regierungsvorlage ‚Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967, das Einkommensteuergesetz 1988 und das Entwicklungshelfer-gesetz geändert werden (111 d.B.)‘ vorliegen.“

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 5. Juli 2018

betreffend Heimopferrentengesetz

Die Bundesregierung wird ersucht, in Gespräche mit den Bundesländern betreffend die Finanzierung der Renten nach dem HOG mit dem Ziel einzutreten, dass die Länder spätestens mit dem nächsten Finanzausgleich einen angemessenen finanziellen Beitrag für Vorfälle in ihrem Verantwortungsbereich leisten, die zu einer HOG-Rente geführt haben.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 5. Juli 2018

betreffend Aufnahme schulärztlicher Daten in ELGA

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, wird ersucht, auf der Grundlage der Ergebnisse der Ausschussbegutachtung und des bis Ende 2018 vorliegenden Evaluierungs-Berichts der im Rahmen des Finanzausgleich eingerichteten Arbeitsgruppe Schulgesundheit dem Nationalrat bis zum 1.9.2019 einen Bericht über die Umsetzungsmöglichkeiten einer Aufnahme schulärztlicher Daten in ELGA und deren datenschutzrechtlicher Rahmenbedingungen vorzulegen. Dabei sollen insbesondere die bis dorthin vorliegenden Erfahrungen berücksichtigt werden.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 5. Juli 2018

betreffend Liberalisierung von Cannabis zu medizinischen Zwecken

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, wird ersucht, auf der Grundlage der Ergebnisse der Ausschussbegutachtung sowie der Erfahrungen in Deutschland unter Einbindung der Österreichischen Ärztekammer, der Österreichischen Apothekerkammer, des Österreichischen Schmerzverbandes, der Gesundheit Österreich GmbH, der AGES und des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger sowie – in Hinblick auf die Vermeidung von Missbrauch – des Innenministeriums bis zum 1. Jänner 2019 den therapeutischen Einsatz von „Medizinalhanf“ zu prüfen und einen Bericht über zukünftige medizinische, rechtliche, organisatorische und ökonomische Rahmenbedingungen zum Einsatz von cannabis-haltigen Arzneimitteln vorzulegen.